



**Antrag: Klare und rückwirkende Finanzierungsregelungen im neuen  
Kinderbildungsgesetz (KiBiZ)**

**Antragsteller/-in:** Liberale Frauen Landesverband NRW

**Status:**

**Sachgebiet:** Bildung

**Der Landesverband der FDP möge beschließen, dass im neu zu planenden  
Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) die Finanzierung der Einrichtungen klarer, detaillierter und vor  
allem rückwirkend geregelt wird.**

**Begründung:**

Landesweit zeichnet sich ab, dass immer mehr kirchliche Träger ihre Kindergärten aufgeben, da diese für sie finanziell nicht mehr tragbar sind. In solchen Fällen müssen entweder die Kommunen einspringen oder die Einrichtungen werden von kleinen Trägervereinen übernommen, die oft mit finanziellen Engpässen kämpfen.

Aktuell erhalten Kindergärten ein festgelegtes Jahresbudget, das zu Beginn des Kindergartenjahres (August) ausgezahlt wird. Steigende Kosten – beispielsweise durch tarifliche Lohnsteigerungen, höhere Energiekosten oder Lebensmittelvertéuerung – müssen von den Einrichtungen selbst getragen werden. Eine nachträgliche Anpassung oder rückwirkende Erstattung dieser Mehrkosten ist nicht vorgesehen.

Diese Finanzierungspraxis bringt viele Kitas an ihre finanziellen Belastungsgrenzen und führt in einigen Fällen zu Schließungen, da auch die Kommunen häufig nicht in der Lage sind, die Defizite aufzufangen.

Daher ist eine klarere, flexiblere und rückwirkende Finanzierungsregelung im neuen KiBiZ dringend erforderlich, um die langfristige Sicherung der Kinderbetreuung zu gewährleisten.